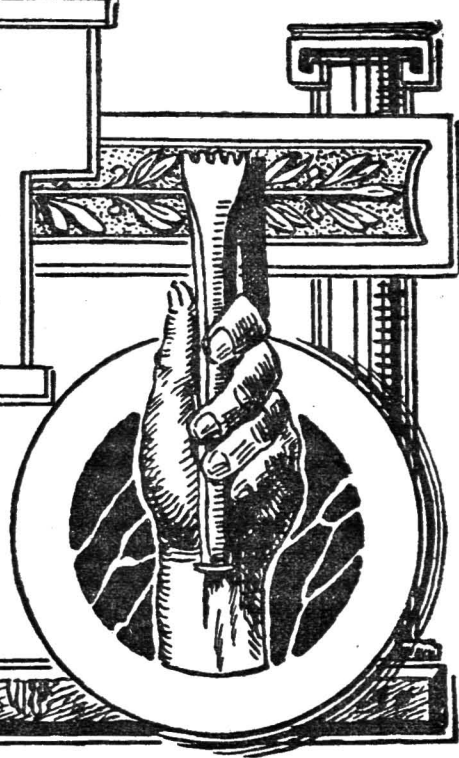
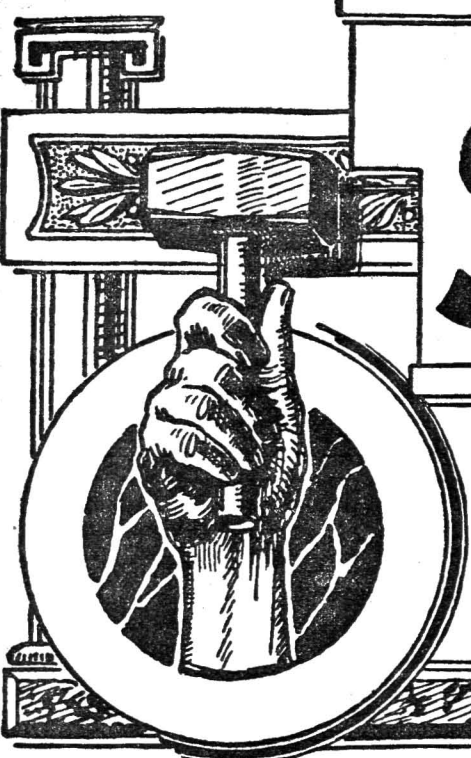


# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 27.

Sonnabend, den 4. Juli 1903.

7. Jahrgang.

## Kollegen! Abonniert bei dem Quartalswechsel auf den Steinarbeiter.

### Der Sieg der Glenden!

Die „Glenden“, mit denen man das Tisch Tuch zerschneiden sollte, haben den Triumph, die stärkste Partei Deutschlands zu sein. Gewaltig ist der Stimmenzuwachs, der bis jetzt festgestellt werden konnte, der Beweis ist erbracht worden, daß die Ideen des Sozialismus immer größere Kreise erfassen trotz aller Vernichtung, trotz aller Verleumdungen, trotz ehrenrührigster Beschimpfungen, die man den Vertretern der Sozialdemokratie anhängte, selbst Kaiserworte waren nicht im stande, unserem Einfluß Halt zu gebieten. Der vereinigte Gegner liegt am Boden. Die geschworenen Feinde hatten sich verbrüderd, alle Feindschaft und Kämpfe waren vergessen, nur einen Gegner gab es für die Kartellierten, zusammen wollten sie stehen, vereint wollten sie siegen, doch der Wille des Volkes war stärker; hinweggeeggt wurden sie wie ein Haufen Spreu vor dem Winde. Ein für allemal ist nun die Politik der jetzigen Regierung gerichtet, verdammt ist die Steuerpolitik, der Militarismus zu Wasser und zu Lande. Das Volk hat seiner Meinung offenkundig Ausdruck gegeben, wie es über die Zollpolitik unserer agrarfreundlichen Regierung denkt.

Wie gewaltig wäre die Abrechnung gewesen, wenn der Zolltarif erst zu Ostern verabschiedet worden wäre. Nun, wir können zufrieden sein. Der Tag wird der herrschenden Gesellschaft noch lange in den Gliedern liegen. Wir bezweifeln aber, daß die Regierung aus dieser Volkstimme etwas lernt, denn als Vertreterin der kapitalistischen und agrarischen Interessen hat sie taube Ohren für die Arbeiterstimme, und es bedurfte nochmals der Kraftanstrengung am Tage der Stichwahl, um der Regierung und den herrschenden Gesellschaftskreisen klar zu machen, daß der Wille des Volkes sich in den Forderungen der Sozialdemokratie verkörpert. Wird man es wagen, gegen dieses gewaltige Votum nochmals der organisierten Arbeiterschaft den Fehdehandschuh hinzuworfen in Gestalt eines Zuchthausgefängniswurfs?

Die deutschen gewerkschaftlichen Arbeitermassen haben

bekundet, daß sie sich nicht ein Jota ihres Koalitionsrechtes nehmen lassen. Auch gegen die Handelspolitik, die die wirtschaftlichen Interessen der Industrie schwer bedrohte, ist Einspruch erhoben worden. Die Wege sind deutlich am 16. Juni vorgezeichnet worden, welche die deutsche Politik zu betreten hat.

Und wie haben die Feinde der Arbeiterklasse diesmal gearbeitet! Mit welchen Mitteln schmutzigster und niedrigster Art haben sie versucht, das Proletariat abzuhalten, die Stimmen zusammenzuwerfen zu einem einzigen Riesenberg des flammenden Protestes gegen die Besteuerung des Hungers und gegen weitere Entrechtung der ohnehin schon Entrechteten!

Die deutsche Arbeiterklasse hat durch den Donner Schlag am 16. Juni nicht nur sich selbst, nein, sie hat der ganzen Welt, der Kultur einen Dienst erwiesen, der unvergleichlich und unbergänglich ist. Nichts ist für eine kämpfende, auf allen Seiten von lauerten Feinden umgebene Partei, wie es die Sozialdemokratie ist, gefährlicher, als sich an ihren Erfolgen zu berauschen. Aber der 16. Juni 1903 darf in der Lat der deutschen Arbeiterklasse Anlaß geben, einen Augenblick wohliger Siegesfreude sich zu gönnen. Es war die erste Wahl seit Bestehen des glorreichen deutschen Reichs Bismarckscher Bauart. Mit Ausnahme einer vorübergehenden Stodung bei den beiden Wahlen nach Erlaß des Schandgesetzes von 1878 zeigt die Heereszähle der Sozialdemokratie ein so stolzes Anschwellen, daß schon allein diese einfachen Wahlziffern allen unseren Feinden eine durchschlagende Lehre geben müßten, wenn unsere Gegner überhaupt noch belehrbar wären. Es wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

1871	101 927	1884	549 996
1874	301 370	1887	765 128
1877	493 447	1890	1 427 298
1878	437 158	1893	1 786 788
1881	311 971	1898	2 107 076
		1903	über 3 000 000.

Sieht man sich dagegen die Stimmenentwicklung der bürgerlichen Parteien an, so ist entweder ein Stillstand

zu verzeichnen oder, bei den meisten, ein offener Rückgang. Von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen machten die sozialdemokratischen bei der ersten Wahl noch nicht 2 Proz. aus; diesmal dürften es mindestens 33 bis 34 Proz. gewesen sein. Während also 1871 von je hundert abgegebenen Stimmen nur zwei auf die Sozialdemokratie entfielen, die anderen 98 dagegen auf die bürgerlichen Parteien, steht das Verhältnis jetzt bereits auf eins zu zwei, auf eine sozialdemokratische nur zwei bürgerliche Stimmen.

Und wie die Stimmenzahlen, so sind auch trotz der höchst ungerechten Wahlkreiseinteilung die Mandate in schnell aufsteigender Linie begriffen. Selbst das Jahrgewölft des Ausnahmegesetzes brachte nur 1878 und 1887 eine vorübergehende Stauung, die jedoch durch die darauf folgenden Sprünge nach vorwärts reichlich wieder ausgeglichen wurden. Die Sozialdemokraten erlangten Mandate:

1871	1 Mandat	1884	24 Mandate
1874	9 Mandate	1887	11
1877	12	1890	35
1878	9	1893	44
1881	12	1898	56
	1903		81 Mandate.

Weder die Heersäulen der sozialdemokratischen Wähler noch die Ziffern über die erlangten Mandate sehen nach einer „vorübergehenden Erscheinung“ aus. Es ist vielmehr zweifellos, daß manche andere „Erscheinung“ an der Sozialdemokratie vorübergehen wird, während diese als Vertreterin der proletarischen Interessen fest und unerschütterlich stehen bleibt und zu immer größerer Macht gelangt.

Drei Duzend Reichstagsitze wollte uns der Mann in den Kürassierstiefeln herablassend bewilligen. Je nun: Er hat sie der Arbeiterklasse nicht zu schenken brauchen; erobert hat sich das Proletariat diese Parlamentsitze, und nicht drei Duzend, sondern an sieben Duzend. Und wer da meint, nunmehr habe die Sozialdemokratie ihren „Höhepunkt“ erreicht, der kennt ihren kerngesunden Magen nicht, der schier alles zu verdauen vermag.

Bisher war es stets so, daß von einer Wahl zur an-

### Immer eine Ausrede.

Wer von den in der gewerkschaftlichen Organisation tätigen Genossen kennt sie nicht, die Ausreden, die gebraucht werden, wenn man sich bemüht, Indifferenten die Notwendigkeit klar zu machen, der Organisation anzugehören. Man setzt den Leuten auseinander, daß dort, wo keine oder nur eine schwache Organisation besteht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schlechter sind, als wenn die Arbeiter einer Branche gut organisiert und infolgedessen widerstandsfähig sind, um Lohnreduktionen zu verhindern oder selbst bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Da kommt dann so ein superkluger Mensch mit dem Einwurf: In dieser oder jener Werkstätte oder Fabrik sind „fast“ nur organisierte Arbeiter beschäftigt und doch werden dort die schlechtesten Löhne bezahlt. Freilich, wenn man dann der Sache nachgeht, stellt es sich oft heraus, daß unter den vielen Indifferenten eine sehr geringe Zahl organisierter oder gar nur einer sind, die naturgemäß ohne Hilfe ihrer Mitarbeiter nichts tun können. Aber das erfährt man zumeist erst hinterher, für den Moment, wo ein solcher Einwurf erfolgt, hat es den Anschein, als wären die Ausführungen des Agitatoren schlagend widerlegt, während im Grunde genommen es doch nur eine faule Ausrede war, vielleicht gerade von einem solchen Kollegen, der den Versuchen seiner Mitarbeiter, ihn für die Organisation zu gewinnen, beharrlichen Widerstand entgegensetzte. Er leidet genau unter denselben elenden Verhältnissen, seine Arbeitskraft ist ebenso bis zur Erschöpfung angepannt und er fühlt ebenso wie ein anderer, daß der karge Lohn bei weitem nicht ausreicht, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Aber die Abspannung nach oft überlanger Arbeitszeit hat ihn jedes

Bewußtsein seiner Menschenwürde beraubt, ermattet, ohne selbstbewußtes Wollen, sind seine Gedanken nur auf das Nächstliegende gerichtet, für ideale Zwecke hat er kein Gefühl und insbesondere keinen Heller übrig. Ein Sklave der Verhältnisse, bäumt sich sein Trost nicht gegen jene auf, die ihn bedrücken, sondern er sucht dem etwas am Zeug zu flicken, der bemüht ist, ihn aus seinem dummen Dasein herauszureißen.

Und doch ist es geradezu eine Lebensfrage für die Gewerkschaften, diese Leute, die ein Gemisch aus für die weitere Entwicklung sind, in die Organisation hineinzubekommen. Deshalb ist es notwendig, daß trotz der unangenehmen Erfahrungen, die gemacht werden, immer wieder an die Indifferenten herantreten wird, ihnen das Sichselbstschädigende ihres Verhaltens dargelegt, ihnen auseinandergesetzt wird, daß heute nur die Macht entscheidet und die Arbeiterschaft nur dann etwas erreichen kann, wenn sie eine Macht geworden ist. Freilich, wenn man meint, mit dem Eintritt in die Organisation schon alles getan zu haben und erwartet, daß sofort bessere Verhältnisse eintreten, so ist das ebenso kurzfristig, wie wenn man ihr fern bleibt. Verhältnisse, die sich im Laufe von Jahrhunderten entwickelt haben, lassen sich nicht mit einem Schlage ändern, es bedarf dazu längerer Zeit und mühevoller Arbeit. Darüber muß sich jeder klar sein, der in die Organisation eintritt. Vor wenigen Jahrzehnten noch war der Arbeiter vollständig der Willkür des Unternehmers ausgeliefert. Die verhältnismäßig kleine Schar bewußter Kämpfer hat erreicht, daß der Arbeiter zu einem Faktor in der Gesellschaft geworden ist, mit dem man rechnen muß. Wie anders könnte es erst sein, wenn die tausenden Indifferenten, miteingefügt in die Organisation, die Zahl der Dränger

verstärken und so die Worte von dem „ehernen Tritt der Massenbataillone“ zur Wahrheit machen würden.

Aber nicht nur unter den Indifferenten findet man Zweifler und Mörgler, auch unter den Organisierten sind deren genug. Wenn irgend eine Aktion nicht den gewünschten Erfolg bringt, so sind sie gleich mit der ebenso faulen Ausrede: „Es ist alles für die Rag!“ bei der Hand. Und doch muß man sagen, wenn gerade die Zweifler in der Organisation etwas mehr Verständnis für dieselbe hätten, wenn die Idee der Organisation ihnen mehr in Fleisch und Blut übergegangen wäre, diese selbst viel besser dabei fahren würde. Aber statt, daß den Neugewonnenen alle Aufmerksamkeit geschenkt, ihnen die Interessensolidarität begreiflich gemacht, sie von der Macht der einzigen Arbeiterschaft überzeugt werden, sieht man häufig, wie die Bestrebungen jener Genossen, die an die verantwortungsvollsten Plätze gestellt wurden, durch gedankenloses Kritifizieren zu Nichte gemacht werden. Und wenn dann die kaum gewonnenen Mitglieder ferne bleiben, die Arbeit immer wieder von neuem begonnen werden muß, dann sind erst recht die leitenden Personen schuld.

Soll den faulen Ausreden der Indifferenten mit Erfolg begegnet werden, dann muß jeder in der Organisation stehende Genosse auch an seiner eigenen Erziehung und Ausbildung arbeiten, um so den Unorganisierten zu zeigen, was die Organisation aus dem Menschen zu machen im stande ist. Klare Denken und bewußtes Wollen sind nötig, das eigene Beispiel muß auf die Indifferenten wirken, dann werden wir sie in die Organisation hineinziehen, an dieselbe fesseln und tüchtige Kämpfer aus ihnen machen können. Alles andre sind faule Ausreden.

den die Sozialdemokratie es verstanden hat, alle die Zehntausende und Hunderttausende, die gewissermaßen nur versuchsweise und auf Widerruf zum erstenmal einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben hatten, ihrer Armee als treue Mitkämpfer dauernd einzureihen. So wird es auch diesmal sein; so wird es stets bleiben. Gewiß mögen auch unter den 900 000 Wählern, die wir neu gewonnen haben, gar manche sein, die nicht aus Anerkennung unseres Programms, sondern aus Verdruß über bestehende Mißstände sozialdemokratisch stimmten. Aber wer einmal vom Sozialismus gekostet hat, den läßt er nicht wieder los, der bleibt ihm verfallen. Man sagt im Volksmunde: Wer vom Papste ist, stirbt daran, nein, wer vom Sozialismus ist, lebt davon. Und so kann man schon heute sagen, daß bei den nächsten Wahlen — mögen diese nun erst in fünf Jahren kommen oder viel früher — wir unsere drei Millionen Stimmen nicht nur behalten, sondern um weitere Hunderttausende, vielleicht um eine weitere halbe Million vermehren werden.

Das arbeitende Volk hat sich eben zählen gelernt. Es hat erkannt, daß es die überwältigende Mehrheit bildet, und daß es nur ernsthaft zu wollen braucht, um die Gesetzgebung nach seinem Willen, seinen Bedürfnissen zu formen.

Unter den gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten finden wir erfreulicherweise auch hervorragend tätige Gewerkschafter. Der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, der schon in der vorletzten Legislaturperiode dem Reichstage angehörte, ist in Kiel gegen einen Freisinnigen glänzend gewählt. Desgleichen zieht Robert Schmidt, der 1. Sekretär am Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin, wiederum in den Reichstag ein, nachdem ihn der Freisinnige Dr. Zwick 1898 mit knapper Majorität verdrängte. Zu einem heißen Ringen kam es im Wahlkreise Dortmund, wo der bekannte Gewerkschaftsführer Bömelburg, der Vorsitzende des Maurerverbandes, den Kreis wieder zurückeroberte. Die Bergarbeiter Waldenburgs wählten wiederum im ersten Ansturm am 16. Juni ihren Vorsitzenden Sasse, und in der Stichwahl wurde Genosse Hüé in Dortmund, Redakteur der Bergarbeiterzeitung, gegen einen Nationalliberalen gewählt. Aus den Reihen der Handlungsgehilfen tritt Lipinski, der den Kartellkandidaten Hauffe im 11. sächsischen Wahlkreis aus dem Sattel hob, in den Reichstag ein. Lipinski ist den Gewerkschaftsangehörigen nicht unbekannt, denn derselbe betätigte sich als Schriftsteller auf dem Gebiete des gewerblichen Arbeitsvertrages, der Sozialpolitik u. s. w. in hervorragender Weise. In Pirna (Sachsen) siegte gegen einen Antisemiten der Töpfergehilfe Fräßdorf, der heute noch praktisch arbeitet, und mit Erfolg der Ortskrankenkasse Dresden als Vorsitzender vorsteht. Im vielumstrittenen Kreise Radow-Gröbenhagen wurde der Metallarbeiter Körtzen gewählt, nachdem ihm schon öfters der Sieg, weil bloß etliche Stimmen an der absoluten Majorität fehlten, streitig gemacht wurde.

Die Sozialdemokraten haben dem Ruf: Sendet uns den einfachen schlichten Mann aus der Werkstätte, Folge geleistet und diese schlichten Männer ins Parlament entsandt. Allerdings, ob gerade diese — Männer gern gesehen sind, ist eine andere Frage. Wären die schlichten Männer schließlich Trabanten der Zentrumsgehaltigen, oder Angehörige der Drehscheibenpolitik der Nationalliberalen, dann wären dieselben im Wallthaus zu Berlin nicht ungerne gesehen, aber die bürgerlichen Parteien können eine solche Vertretung in den eigenen Reihen nicht zulassen und neben den Fürsten, den Grafen, den Adligen überhaupt, den Geistlichen, den Juristen und Landräten, den Großindustriellen sowie Oberscharfmachern würde der einfache schlichte Mann mit ungenügender Volksschulbildung doch eigenartig abstechen.

Auf dem Schlachtfelde des Wahlkampfes wurden die liberalen sowie extrem agrarischen Parteien sehr schwer verletzt und bekannte Führer sind unterlegen. Ein frivolos Spiel trieb die freisinnige Volkspartei, indem sie im Stichwahlkampf die Reaktion stärken half, währenddem die Freisinnigen aber ihre Mandate größtenteils den Sozialdemokraten verdanken. Es wäre wirklich schade, wenn der Demagoge Richter unterlegen wäre, als zukünftiger Säulenheiliger im Reichstage ist er unentbehrlich.

Die freisinnige Partei und die antisemitische Partei sind fast aufgerieben, die nationalliberale Partei ist dezimiert; die Konservativen haben Schläge erhalten, daß ihnen der hohle Schädel brummt; das Zentrum ist kaum noch imstande, die inneren Wirrungen durch die List der Geistlichen zu vertuschen. Sie alle, alle spüren, wie ihre morschen Knochen brechen wollen. Nur die Sozialdemokratie geht verjüngt, gekräftigt aus dem Wahlkampf hervor.

Wohlan, Ihr braven Proletarier, die Ihr durch Eure stille, rastlose Tätigkeit in Stadt und Land den bezaubernden Sieg herbeigeführt habt! Haltet fest an dem Errungenen; arbeitet weiter wie bisher; agitiert, organisiert, diszipliniert die neuen Kämpfer. Und solltet die nächsten Jahre Unerwartetes bringen, so wissen wir alle, die Glenden werden auch dann um die richtige Antwort nicht verlegen sein.

### Schutz des Koalitionsrechts.

Die Mangelhaftigkeit des deutschen Koalitionsrechts wird durch nichts schlagender bewiesen, als durch die brutalen Massenaußsperrungen und Koalitionsentrechtungsversuche der Unternehmerverbände. Das himmelschreiende Unrecht muß es empfunden werden, daß ein Arbeiter, der die wirtschaftliche Existenz Tausender von Arbeitern in seiner Hand hat, wie der Norddeutsche Lloyd, seinen Leuten ungestrast die Verbandsbücher abnehmen und sie

zum Austritt aus ihrer Gewerkschaft zwingen darf, während zu gleicher Zeit deutsche Richter jeden Arbeiter wegen Erpressung zu Gefängnisstrafen verurteilen, die mit Nichtorganisierten und Streikbrechern nicht zusammen arbeiten wollen und die Arbeit niederlegen. Und nicht minder fühlt jeder den Widerspruch heraus, daß man Arbeiter als Erpresser oder Nötiger bestraft, wenn sie durch Anfeindung sofortiger Arbeitseinstellung einen Druck auf Unternehmer ausüben wollen, während in Bremen die Baugewerksmeister ungestrast 4200 Arbeiter mit Aussperrung bedrohen und die Drohung verwirklichen konnten, um die Einstellung des Klempererstreiks zu erzwingen. Gerade im letzteren Fall, wo es sich zugleich um ein tarifbrüchiges Verhalten der Meister handelte, liegen alle Merkmale der widerrechtlichen Drohung und Zwangsanwendung vor, die das Reichsgericht seinen bekannten Erpressungsdefinitionen zu grunde legte. Wenn in solcher Weise Licht und Schatten ungleich verteilt sind und die Koalition der Arbeiter rechtlos allen Gewalttaten der Unternehmer und allen juristischen Spitzfindigkeiten preisgegeben ist, während die Arbeitgeber sich straflos jede Willkür erlauben können, so müssen diese Mängel der heutigen Rechtsordnung auch dem Blödesten offenbar werden. Die Massenaußsperrungen rücken diese Mängel in das hellste Licht und lenken auf sie die Aufmerksamkeit bürgerlicher Kreise, die sonst außerhalb der Koalitionskämpfe stehen. So schreibt Professor Franke in der Sozialen Praxis über die dringendsten Aufgaben der Sozialreform:

Es wird behauptet, jede Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts, jede Beseitigung der Schranken des Vereinsrechts komme nur der sozialdemokratischen Bewegung zu gute. Wir kennen etwas schlimmeres als die Sozialdemokratie, das ist die Angst vor der Sozialdemokratie und ihre Tochter, die Reaktion mit ihren Anbelagerungen, die großzucht, was sie ersticken sollen, hat jüngst die Kölnische Zeitung geschrieben. Sehr wahr! Und, fügen wir hinzu, Reich und Staat haben Gerechtigkeit und Unparteilichkeit auch dann walten zu lassen, wenn es sich um sozialdemokratische Arbeitermassen handelt. Jede Einengung des Koalitionsrechts, jede als Unerechtigkeit, als Härte oder auch nur als Schikane empfundene Maßregelung treibt diese Massen immer näher und fester an die politische Sozialdemokratie, in der allein sie die Retterin sehen gegen erlittene Unbill, die einzige Erlöserin aus Not und Elend.

Die Arbeiterorganisationen haben längst aufgehört, „nichts als Streikvereine“ zu sein. Jeder Blick in ihre Jahres- und Rechenschaftsberichte bezeugt dies. Von Jahr zu Jahr wachsen die Summen für Unterstützungs- und Bildungszwecke stärker an, nehmen die Aufwendungen für Arbeitskämpfe verhältnismäßig ab. Im Durchschnitt sind schon jetzt die letzteren beträchtlich geringer als die ersteren — auch in den freien Gewerkschaften ist dies der Fall. Auch ist es ein Irrtum, anzunehmen, daß die Führer und Beamten der Arbeiterberufsvereine eine Freude an Streiks hätten. . . . Allerdings zu reinen Unterstützungs- und Bildungsvereinen sollen die Gewerkschaften nicht herabsinken. Sie müssen Kampfbereite bleiben, sie sollen streben und kämpfen für die Interessen der in ihnen vereinigten Arbeiter, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die Hebung der Lebenshaltung und die Achtung der Arbeiter. Nicht zu stark, wie so vielfach gejammert oder irrtümlich behauptet wird, sind heutzutage in Deutschland die Arbeiterberufsvereine — nein, zu schwach sind sie! Die Berufsgenossenschaften und Handelskammern haben die Unternehmer von Reichs- und Staatswegen organisiert, die Kartelle und Syndikate haben sie wirtschaftlich geeint und eingestandenemassen ihre Position gegenüber den Arbeitern gestärkt, die Arbeitgeberverbände zu Schutz und Trutz haben in den letzten Jahren eine gewaltige Macht erlangt. Man überblicke doch die Streikbewegung der letzten Jahre! Die Zahl der Niederlagen der Arbeiter bei Streiks ist weit größer als die der Erfolge, die Aussperrungen jedoch werden fast stets gewonnen. Und jetzt, wo nach einer langen Zeit des wirtschaftlichen Druckes das Geschäftsleben sich langsam wieder hebt, da vollziehen sich die Arbeitskämpfe fast durchweg in der Form großer Aussperrungen. Jeder kleine Einzelzweig, den die Arbeiter mit einem Arbeitgeber haben, wird von den Unternehmerverbänden mit einer Gesamtaussperrung von Tausenden beantwortet, weil sie die Macht in sich fühlen, die Arbeiter zur Annahme ihrer Bedingungen zu zwingen.

Das würde nicht der Fall sein, wenn den Arbeitgeberverbänden gleich starke Gewerkschaften gegenüberstünden. Ein jedes Gleichnis hinkt, aber wie man mit Recht sagt, daß das Gleichgewicht der gegnerischen Kräfte in der politischen Arena Kriege verhütet und den Frieden sichert, so darf man das Analoge in gewissem Umfange auch von den Parteien im Wirtschaftsleben sagen, die bei aller Gemeinsamkeit der Interessen naturgemäß Gegner hinsichtlich des Anteils an Gewinn und Einkommen sein müssen. Freilich werden Streiks, Aussperrungen, Boykotts nie ganz vermieden werden. Sie sind aber längst nicht Mittel im gewerblichen Kampf allein, sondern werden als völlig legitime Waffen in allen Massen und Ständen gebraucht. Es ist eine schwere Ungerechtigkeit, wenn man für Arbeiterausstände nur Worte der Verurteilung hat, während man Aussperrungen, Ärzte- und Apothekerstreiks, Boykottverfügungen von Behörden als etwas Selbstverständliches oder gar Löbliches gelten läßt. Man sollte auch die Bedeutung der gewerblichen Arbeitskämpfe für unser gesamtes Wirtschaftsleben nicht übertreiben. Der Verlust an Arbeitstagen, den die Streiks und Boykotts im vorigen Jahre bewirkt haben, wird eine Million kaum übersteigen bei insgesamt etwa 2 Milliarden Arbeitstagen in Gewerbe und Handel, ohne Landwirtschaft und Gefindedienst. Eine Million Arbeitstage aber hat die Nation allein durch die herrschende Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe verloren. Ein einziger voller Feiertag bedeutet ein Einstellen der Tätigkeit von 5 bis 6 Millionen Arbeitern.

Aber das muß noch mit dem größten Nachdruck betont werden: Weder die Arbeitskammern, noch die Tarifgemeinschaften, noch die Einigungsämter, nicht einmal die Arbeiterausschüsse — keine dieser Institutionen des sozialen Friedens ist denkbar ohne die Organisation der Arbeitgeber und der Arbeiter. Wie sollen die Parteien verhandeln und beschließen, wenn sie nicht bevollmächtigte Vertreter,

die ihr Vertrauen besitzen, wählen und entsenden? Und wie kann das geschehen, ohne daß die Arbeitgeber und Arbeiter sich in festen Ordnungen zusammenfinden? Flugland trägt nicht und eine Masse ohne Disziplin, ohne Organisation und Leitung kann keine Gewähr für die dauernde Einhaltung von Abmachungen liefern. So kommen wir, mögen wir die Sache anfassien, wo wir wollen, immer wieder auf die Notwendigkeit einer Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts der Arbeiter hinaus, das die Arbeitgeber jetzt schon in vollem Umfange haben und benutzen. Hier liegt die große Aufgabe der deutschen Sozialreform, die an Wichtigkeit alle anderen überträgt. Sie zu lösen ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Zweckmäßigkeit. Je mehr der Staat die Pflicht ausübt, die Schwachen vor der Uebermacht der Starken zu schützen, desto mehr soll er die Selbsthilfe da fördern, wo sie aus eigenen Kräften zum Ziele gelangen kann. Und er soll dieser Selbsthilfe die Formen schaffen, die ihr eine Wirksamkeit in Ordnung und Frieden verbürgt. Diese Formen werden in der Organisationen gegeben. Reich und Staat müssen das Koalitionsrecht zur vollen Geltung bringen und gleichzeitig die Institutionen zur Sicherung des sozialen Friedens stärken. Dazu ist vornehmlich nötig:

1. Die Ausdehnung des § 152 der Gewerbeordnung auf die Bestrebungen der Arbeiterberufsvereine, soweit sie nicht bloß der Verbesserung, sondern auch der Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltung gelten, und zwar auch dann, wenn diese Bestrebungen eine Abänderung der Gesetzgebung ins Auge fassen.
2. Eine Erweiterung des § 153 der Gewerbeordnung dahin, daß nicht nur der Mißbrauch des Koalitionsrechts, sondern auch die mit Drohung oder Gewalt verbundene Verhinderung an der gesetzmäßigen Ausübung bestraft wird.
3. Die Beseitigung der einer freien Ausübung des reichsgesetzlichen Koalitionsrechts in den Einzelstaaten entgegenstehenden Schranken durch Schaffung eines Reichsgesetzes für Vereine und Versammlungen.
4. Die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.
5. Die Förderung aller Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeiter, in Tarifgemeinschaften die Arbeitsverhältnisse in ihrem Gewerbe fest zu regeln, sowie der Ausbau der Institutionen der Arbeiterausschüsse, der Gewerbegerichte (einschließlich der Kaufmannsgerichte) und der Einigungsämter.
6. Die Errichtung von Arbeitskammern zur Pflege gemeinsamer Angelegenheiten der Arbeitgeber und der Arbeiter.

Die meisten dieser Forderungen hat der Reichstag schon wiederholt ausgesprochen, andere betreffen nur die Erfüllung alter Verheißungen. Noch vor der Arbeiterfürsorge durch Versicherung und Schutz wird diese Aufgabe, das Recht der Selbsthilfe zu organisieren, den wichtigsten Platz in der deutschen Sozialreform einnehmen. Haben doch alle bürgerlichen Parteien am 1. Dezember 1899 den sozialdemokratischen Antrag zu den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, der denselben Schutz des Koalitionsrechts bezweckte, den hier Professor Franke befürwortet, abgelehnt, obwohl sie sich wenige Tage vorher bei dem Begräbnis der Zuchthausvorlage als „wahre Arbeiterfreunde“ geriert hatten. Die Arbeiterfreundschaft dieser Parteien hat sich noch niemals zu freihetlichen Taten verdichtet.

Ob in Deutschland, nachdem das Wahlergebnis für die Arbeiterbewegung ein so günstiges war, ein anderer Kurs eingeschlagen wird, ist fraglich. Etliche Oberscharfmacher wurden schmachlöst aus dem Reichstage hinausgeworfen, aber andere Schildknappen, die die Arbeiterorganisationen strangulieren möchten, sind wieder eingezogen.

### Aus der Heuschauer!

Schon oft wurde an dieser Stelle auf das Heuschauergebiet hingewiesen, wo wirklich für die Herren Unternehmer noch ein Stätte vorhanden ist, ganz nach Gutdünken schalten und walten zu können. Die Betriebe haben vollauf zu tun, die Herren Unternehmer heimsen riesige Profite ein, die Steine aber müssen mit den niedrigsten Löhnen fürlieb nehmen und haben weiter das Vergnügen, durch die Berufskrankheit, der Steinstaub von diesem Material ist sehr gefährlich, sehr frühzeitig dahingerafft zu werden. Große Berliner Firmen haben sich hier fest eingenistet, und da unsererseits keine Organisation besteht, können sie schalten und walten nach ihrem Gutdünken.

In Betracht kommen in erster Linie die Betriebe der Herren Hoffsteinmeißler Schilling und Riggel in Mittelsteine, die jeder Unbefangene als humane Arbeitgeber und Patrioten betrachten muß. Daß dem aber nicht so ist, das können die daselbst beschäftigten Steinarbeiter tagtäglich konstatieren. Von Humanität ist, besonders bei der Firma Schilling, insofern etwas zu versprechen, als die Steinmehnen nicht gezwungen sind, mit den „Herren“ Werkführern in Berührung zu kommen. Der „Herr“ Knatrich in Wünschelburg repräsentiert sozusagen den Herrgott für Schillings Betriebe in der Heuschauer und sind auch deshalb die Werkführer nach seinem Sinne geschult. Das Augenmerk aller dieser Herren ist darauf gerichtet, daß unter die daselbst beschäftigten Steinhauer kein vernünftiger Gedanke eindringen kann, und da die Organisation bestrebt ist, die Mitglieder über die Ursache ihrer miserablen wirtschaftlichen Lage aufzuklären, so wird mit den schäblichsten Mitteln gearbeitet, um das zu verhindern. Knatrich ist im hiesigen Distrikte sehr unbeliebt und es ist nicht zu verwundern, daß jedes Bestreben der Steinmehnen, sich dem Verbands anzuschließen, brutal unterdrückt wird; überhaupt die Einheimischen werden unbarmherzig unter der Fuchtel gehalten, und es ist zu bedauern, daß sich unter ihnen kein fester Zusammenhalt bildet, da ja ihnen die Organisation in erster Linie von Nutzen ist. Eine Spezialität bei Schilling sind die tschechischen Kollegen und Lehrlinge, die immer in der

Mehrzahl neben deutschen Kollegen beschäftigt werden, aber leider — und das ist bezeichnend — kann Anknüpfung nicht mehr die nötige Anzahl erhalten, welche gewillt sind, nach seiner Pfeife zu tanzen. Sache der daselbst beschäftigten Steinarbeiter wäre es, nicht durch nationale Reibereien die Kräfte zu zersplittern, sondern, da doch jeder deutsche wie böhmische Kollege nur dazu gut ist, den Herren den Geldsack zu füllen, also jeder der Geschöpfte ist, so muß doch jedem die Erkenntnis dämmern, daß nur durch ein gemeinsames Vorgehen dem ihnen gegenüberstehenden Unternehmer etwas abgerungen werden kann. Da jetzt viel Arbeitslosigkeit vorhanden ist, so ist es selbstverständlich, daß stark gewuchert wird und wird daher besonders bei Schilling die Bundesratsverordnung nicht im geringsten beachtet. Es kommt daher vor, daß frühzeitig und noch Abends spät Kollegen an der Arbeit sind; da sieht kein Gewerbeinspektor richtig nach, in Mückers bei Schilling ist es passiert, daß ein Gendarm das Ueberstundenmachen verboten hat, was übrigens sehr vernünftig war.

Leider sind es die Kollegen selber, die in ihrem Unverstande die ihnen in der Bundesratsverordnung gebotenen Vorteile nicht zu gebrauchen glauben, Ueberstunden machen, den Profit des Herrn vermehren und sich selber das Leben verkürzen.

Gerade in hiesiger Gegend müßte die Organisation einen sehr leichten Bestand haben, denn das hier gewonnene Material findet meistens zu Staatsbauten Verwendung, und die mit den besten technischen Betriebs-einrichtungen ausgestatteten Steinbrüche zeigen, daß man es hier mit einer aufsteigenden Industrie zu tun hat. Ob die Kollegen aber so einsichtsvoll sein werden, in Zukunft sich uns anzuschließen, ist fraglich.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Im Laufe dieser Woche sind die Abrechnungsformulare für das II. Quartal zur Verfügung gelangt; wir wollen deshalb nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß dieselben genau ausgefüllt und von den Revisoren unterschrieben spätestens am 15. Juli wieder in unsern Händen sein müssen. Gleichzeitig ersuchen wir die Lokalvorstände, die von uns bei Anfertigung der I. Quartalsabrechnungen gemachten Einwendungen resp. Ausstellungen gleich zu berücksichtigen, damit unnötiges Hin- und Herschicken erspart bleibt und nicht unnütziges Porto ausgegeben werden muß. Auch ersuchen wir, dieselben genügend zu frankieren, da wir eine Masse **Strasporto** zahlen mußten. Die in der Rubrik „Gezahlte Beiträge“ eingestellten Zahlen sind zu addieren, damit man einen Vergleich anstellen kann, inwieweit der noch vorhandene Markenbestand mit dem Ergebnis der verkauften Beitragsmarken übereinstimmt.

In dem Abrechnungsformular können in der Rubrik „Ausgaben für die Zentralkasse“ nur Gelder eingestellt werden, die bis zum 1. Juli in unserm Besitze sind. Deshalb empfiehlt es sich, soweit flüssige Gelder vorhanden, dieselben vor dem 1. Juli an den Zentralvorstand einzuliefern. **Bitte** um die Rückzahlung der Beiträge zu senden. Vor allen Dingen weisen wir darauf hin, daß die Durchsicht der vorigen Abrechnungen in den einzelnen Zahlstellen ergeben hat, daß eine große Anzahl rückständige Beiträge zu verzeichnen sind. Diese Restanten ersuchen wir nun, dieselben **schnellstens** zu begleichen, damit die Vertrauensleute im Stande sind, auch rechtzeitig abzurechnen.

Die Revisoren haben die Pflicht, für die Durchführung der Bekanntmachung zu sorgen, im besonderen darauf zu achten, daß die rückständigen Beiträge auf schnellstem Wege eingezogen und die Gelder vor dem 1. Juli an uns eingeschickt werden; ferner haben sie zu veranlassen, daß das Abrechnungsformular bis zum 15. Juli im Besitze des Zentralvorstandes ist.

Diejenigen Vertrauensleute und Vorstände, welche noch nicht im Besitze von Abrechnungsformularen resp. statistischen Fragebogen sein sollten, haben dies unverzüglich beim Zentralvorstand zu melden und dieselben einzufordern.

Von den Lokalverwaltungen ist der vollständige Name und die Verbandsnummer von denjenigen Mitgliedern einzusenden, welche ausgeschlossen sind, damit sie im Steinarbeiter veröffentlicht und in der Mitgliederliste gestrichen werden können.

Da mit der nächsten Nummer ein neues Adressenverzeichnis erscheint, bitten wir, alle Adressenänderungen im Laufe dieser Woche hierher zu melden.

Des weiteren wird nochmals auf § 5 betreffs Reiseunterstützung aufmerksam gemacht und ist mit dem Ausstellen von Reisekarten die nötige Sorgfalt zu beobachten. Es ist in letzter Zeit öfter vorgekommen, daß einzelne Vertrauensleute Reisekarten an Nichtunterstützungsberechtigte ausgestellt haben. Vor allem darf die Eintragung im Quittungsbuch nicht vergessen werden, um Ausreden vorzubeugen.

Der Zentralvorstand.

### Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte **Staubogen** (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit **Linie** und nur auf einer Seite zu schreiben.

Die Versammlungsschriftführer werden wiederholt ersucht, die Berichte recht deutlich zu schreiben, besonders die Schriftzeilen 1½—2 Zentimeter auseinander zu halten, damit die Korrekturen noch angebracht werden können. Es gehen Berichte ein, die aller Beschreibung spotten, die vollständig umgearbeitet werden müssen und manchmal eine Flut von Beleidigungen enthalten, daß wenn sie abgedruckt würden, der Redakteur ständiger Kunde an Gerichtsstelle sein würde. Es ist wirklich doch nicht zu viel verlangt, wenn lauber geschriebene und sachlich gehaltene Berichte von der Redaktion eingefordert werden. Die Zeit, die der

Redakteur mit dem Umschreiben der Berichte verliert, kann im Interesse des Blattes doch wahrlich besser verwandt werden.

**Aue b. Schneeberg.** Am 28. Juni sollte eine Versammlung stattfinden; dieselbe mußte des schlechten Wetters wegen ausfallen. Von Schneeberg soll nach Aue die Zahlstelle verlegt werden und deshalb wird für den nächsten Sonntag eine neue Versammlung anberaumt, wo doch alle Kollegen unbedingt erscheinen möchten. Diese Lauberei und persönliche Zwistigkeit, wie sie hier besteht, muß beseitigt werden. Darum auf, Kollegen, und besucht zahlreich die nächste Versammlung.

**Bödingen.** Die Versammlung war, wie die in Heilbronn, seitens der ansässigen Kollegen ziemlich gut besucht, wozu auch wieder K. Rothmund das Referat übernommen hatte. Die Ausführungen des Redners über Zweck und Nutzen der Organisation, sowie die Ausbeutungspolitik der Unternehmer fanden auch hier den ungeteilten Beifall der Kollegen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, gab es eine rege Diskussion zwischen alten und jungen Kollegen, jeder wartete auf den andern mit der Unterschrift, und so kam es, daß sich nicht alle einzeichneten, mit dem Vorwand, ich warte ab, wie es geht. Bei der Neuwahl gingen mit Stimmenmehrheit hervor: Als Vorstand Adolf Glöck, als Kassierer Heinrich Schnepf jun., als Beisitzer Gottlieb Knauf und als Revisor J. Wollenfack und Karl Hagenmaier.

**Ebelsbach am Main.** Am 20. Juni fand im Lokale des Gastwirts Bauernschubert eine Steinarbeiterversammlung statt, welche schwach besucht war. Das Referat über Zweck und Nutzen der Organisation hatte Kollege Kretschmar aus Würzburg übernommen. Derselbe erledigte seine Aufgabe sehr gut. Beim Punkt Verschiedenes sprachen sich verschiedene Redner über die Bestimmungen der Bundesratsverordnung aus, indem versucht wird, die Arbeitszeit zu verlängern, was teilweise in verschiedenen Betrieben der Fall war. Wir glauben aber, daß, wenn man ausreichende Löhne bezahlt, man auch genug Arbeiter bekommt; denn die Entlohnung ist auch nicht die glänzendste. Kollegen von Ebelsbach, Euch rufen wir zu: Laßt die Gleichgültigkeit fallen, denn nur geschlossen sind wir eine Macht, die allen widerstehen kann, darum tretet ein in den Verband der Steinarbeiter Deutschlands.

**Essen.** Am 28. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Als Delegierter zur Konferenz in Gerdede wurde Kollege Keschöfer einstimmig gewählt. Dann wurde ein Antrag gestellt, der Delegierte möge dahin wirken, daß die Gauleitung verlegt würde und bei späteren Konferenzen die Delegierten ihre Zahlstellen schriftlich vertreten könnten, weil dadurch Zeit und Geld gespart würde. Da wir Sonntag, den 5. Juli, unser Stiftungsfest feiern, so wurden alle diesbezüglichen Sachen geregelt und zur Festordnung ein Komitee gewählt. Sodann hielt Kollege Wittmann einen belehrenden Vortrag über die Krankentafeln-Novelle. Nachdem noch einige Angelegenheiten zur Sprache kamen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Heilbronn.** Am Sonntag, den 7. Juni, fand hier eine öffentliche Steinhauerversammlung statt, in welcher Kollege Rothmund über Zweck und Nutzen der Organisation, die Bundesratsbestimmungen etc. referierte. Daß der Referent den Kollegen aus dem Herzen gesprochen, bewies der Beifall, den er nach seinem einstündigen Vortrag erntete. Nach eingehenden Bemerkungen und Anfragen seitens der Kollegen, die zur Zufriedenheit beantwortet wurden, schritt man zur Neugründung der Zahlstelle. Es wurde der Beschluß gefaßt, am 14. Juni eine weitere Versammlung in Bödingen abzuhalten, in welcher dann die Neuwahlen vorgenommen werden, da der frühere Vorstand durch anderweitige Geschäfte überhäuft ist. Zum Kassierer wurde Kollege Schnepf bestimmt, der auch gleich von den Eingekleideten den Eintritt erhob. Mit einem herzlichen: Auf Wiedersehen! trennten sich die Kollegen, jeder mit dem Bewußtsein, etwas Fortschrittliches geleistet zu haben.

**München.** Freitag, den 5. Juni, tagte im Restaurant **„Müllerbad, Hans-Sachs-Strasse“** eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung. Tagesordnung: Unsere Lage. Als Referent war Kollege Alois Staudinger aus Leipzig erschienen. Redner berührt, weil vom Internationalen Kongreß kommend, die Verhandlungen und die Beschlußfassung desselben. Zu unserer Lage selbst greift Redner zurück auf die großen Streiks in der Granitindustrie im Fichtelgebirge, im Sandsteingebiet Dresden-Pirna und Umgebung, welche teils gewonnen, teils verloren gingen. Redner spricht sich dahin aus, daß die Agitationsmittel zu gering gestellt wurden. Redner streift im weiteren das **Muschelstahlgebiet**, durch welches auch jetzt unsere norddeutschen Kollegen stark an der Konkurrenz zu leiden haben und daß dies die Zukunft der Steinindustrie wird. Große Staats- und Kommunalgebäude werden aus dem Muschelstahlmaterial hergestellt, und in den letzten Tagen hat eine bekannte Berliner Firma einen größeren Bruch erworben, welcher eine rationelle Ausbeutung verspricht. Die Organisation hat einen schweren Stand, die Unternehmer setzen alles in Bewegung, um dieselbe nicht aufkommen zu lassen. Keinen Augenblick dürfen wir deshalb verlieren, denn die Unternehmer verfolgen die Taktik, die Plätze mit Unorganisierten zu besetzen. Im weiteren berührt der Referent den zur Zeit tagenden Unternehmungskongreß in Berlin, auf dessen Tagesordnung die Maisfeier als erster Punkt angesetzt wurde. Auch die Bundesratsverordnung, welche von den Unternehmern in jeder Weise hintergangen und die durch einen Reichstagsabgeordneten **Carl-Ansbach** als gefährlich für die Steinindustrie hingestellt wird. Auch die Schäden, welche unser Gewerbe durch den Zolltarif erfahren wird, schildert Redner in trefflicher Weise. Staudinger führt an, daß es an der Zeit sei, durch rege Agitation einen andern Mitgliedsstand im Verbands herbeizuführen als bisher. Mit großem Beifall beendet der Referent Staudinger seinen 1½stündigen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen dahin aus, daß die Zentralkasse in Zukunft die Mittel zur Agitation besser ins Auge fassen müsse. Denn nur dem verkehrten System der früheren Geschäftsleitung sei es zu verdanken, daß die Zahlstellen im Bayerischen Walde wieder verloren gingen. Kollege **Wittmann** geht auf das Gebiet der Agitation des näheren ein, und legt aus eigener Erfahrung dar, wie notwendig es ist, die Aufklärungsarbeit zu fähig energischer seitens der Verbandsleitung als bisher zu betreiben. Im Schlußwort führt Staudinger aus, daß sich wiederum eine Bewegung für eine Sonderorganisation bemerkbar mache; wir sollten jedoch einmütig sein, denn nur Einigkeit macht stark und führt zum Ziele, und man solle der Leitung nicht alles in die Schuhe schieben, denn oftmals tragen auch die Kollegen die Schuld, wenn nicht alles klappt. Aus den sachlichen, instruktiven Ausführungen der verschiedensten Redner gehe hervor, daß alle Kollegen das Bestreben haben, vorwärts zu kommen mit unserm Verbands. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Kollegen auf, die Versammlungen jederzeit zu besuchen, denn daran kann man auch die Stärke und die Disziplin am Orte selbst am besten erkennen. Mit einem Hoch auf die internationale Steinarbeiterbewegung wurde die imposant verlaufene und gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Schwäbisch-Hall.** Eine öffentliche Steinhauerversammlung fand am Sonntag, den 14. Juni, hier statt, wo Kollege Rothmund-Stuttgarter über Rechte und Pflichten der Arbeiter referierte. Der Erfolg war, daß 18 Kollegen der Organisation beitraten und eine Zahlstelle errichtet wurde. Als Vorsitzender wurde Kollege R. Hoffmann bestimmt, als Kassierer Kollege Gottlob Glöckler gewählt. Die übrigen Wahlen erfolgen in der nächsten Versammlung. Eine weitere Versammlung wurde auf Sonntag, den 21. Juni, geplant, die im nächstgelegenen Bruchdistrikt in der Ortschaft **Sanzenbach** stattfand. Als die Einladungsplakate angeschlagen waren, arrangierten die Teilnehmer auf denselben Tag einen Ausflug mit **Zukunft**, wobei

sie die Kosten für alles trugen, und hat sich auch eine Anzahl Kollegen herbeigekommen, mitzutun. Die denkenden Kollegen erschienen zur Versammlung, und so konnte doch ein Schritt nach vorwärts gemacht werden. Die erschienenen Kollegen, welche auch beigetreten sind, erklärten sich bereit, alles daran setzen zu wollen, die Organisation hier hochzuhalten. Die Besichtigung der Steinbrüche durch den Kollegen Rothmund gab demselben die dringende Veranlassung, sogleich Anzeige bei der königlichen Gewerbeinspektion zu erstatten, um Abhilfe herbeizuführen. Die Mitglieder der Zahlstelle Hall mögen nun ununterbrochen agitatorisch wirken und bei der demnächst stattfindenden Flugblattausgabe ihr möglichstes tun, dann werden auch bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

### Soziales.

**Bei Anspruch auf zwei Renten ist dem Versicherten die höhere Rente zu gewähren.** Das Reichs-Versicherungsamt hat unter dem 6. Mai an die Vorstände der Landesversicherungsanstalten ein Rundschreiben erlassen betreffend die Art der Verrechnung zwischen den Versicherungsanstalten bei der Umwandlung von Invalidenten in Altersrenten sowie von Alters- in Invalidentenrenten. In dem Rundschreiben heißt es unter anderem: „Wie das Reichs-Versicherungsamt wiederholt ausgeführt hat, steht einem Versicherten, der die Voraussetzungen für die Gewährung sowohl der Invalidenten- als auch der Altersrente erfüllt hat, nur ein Anspruch auf Zahlung der einen und zwar der höheren Rente zu. Erlangt daher ein Invalidentenrenten-Empfänger die Berechtigung zum Bezug einer dem Betrage nach höheren Altersrente, so tritt diese Rente von dem Zeitpunkt ab, der ihr als Beginn festgesetzt ist, an die Stelle der niedrigeren Invalidentenrente dergestalt, daß von da ab die Invalidentenrente fortfällt und die Altersrente zur Zahlung anzuweisen ist. Hat nun aber der Rentenberechtigte von dem Tage ab, an dem die höhere Altersrente zu laufen beginnt, bis zur erstmaligen Anweisung dieser Rente bereits die niedrigere Invalidentenrente bezogen, so kann er für den bezeichneten Zeitraum nur noch den die niedrigere Rente übersteigenden Betrag der höheren Rente nachfordern.“

**Eine Gläubigerstatistik.** Im Großherzogtum Hessen wurden im abgelaufenen Jahre nicht weniger als 2231 Personen als Bettler und Landstreicher bestraft. Im Jahre 1901 kamen nur 2002, im Jahr 1900 sogar nur 1442 Bettler und Landstreicher zur Bestrafung. — In der Zunahme der Bestrafungen muß man ganz zweifelsohne eine Wirkung der letzten Krise sehen.

**Ueber den Wert der Fabrikwohnungen,** die ja in der bürgerlichen Presse gewöhnlich als eine „Arbeiterwohlfahrt“ gepriesen werden, hat sich ein Vorstand des Kölner Mietervereins in Köln, der Arbeiter Antweiler, jüngst in einem Vortrage in einer Weise geäußert, welche zeigt, daß man auch außerhalb der Sozialdemokratie weniger optimistisch über diese Einrichtungen zu denken anfängt. Nach dem Bericht der Kölner Mieterzeitung äußerte sich Antweiler über die Fabrikwohnungen in Köln wie folgt: „Fabrikwohnungen wurden in nennenswerter Anzahl in den letzten sieben Jahren (seit 1896) nur durch die Firma Gebr. Stollwerck hergestellt. Die meisten dieser Wohnungen liegen an der Bonner Straße, unterhalb der Brauerei Stauff. Die Firma beschäftigt an 2000 Arbeiter, worunter ungefähr 400 verheiratet sind. Es sind Wohnungen für 80 Familien vorhanden; dennoch stehen in diesen Häusern, namentlich in der Bonner Straße, Wohnungen leer. Woher kommt das? Nach Aussage der Arbeiter selbst liegt der Schwerpunkt in dem wirtschaftlichen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Kommt irgend ein Zwischenfall vor, dann verliert der Arbeiter nicht nur seine Stellung, sondern auch seine Wohnung. Will der Arbeiter eine bessere Arbeitsgelegenheit bei einer andern Firma annehmen, dann muß er die Wohnung räumen. Dazu kommt, daß der Arbeiter, wie in der Fabrik, so auch in der Wohnung sich Beaufsichtigung gefallen lassen muß. Von allen kleinen Zwistigkeiten und dergleichen weiß am nächsten Tage der Arbeitgeber, und es kann nur zu leicht vorkommen, daß der Arbeiter infolge von Gefährnissen, die mit der Fabrikarbeit in gar keinem Zusammenhang stehen, seine Stelle verliert. Von einer Betätigung im öffentlichen Leben, gleichviel welcher Natur sie ist, kann kaum die Rede sein. Bei entfernt liegenden Wohnungen ist es dem Arbeiter vielfach unmöglich, Mittags zu Hause zu essen. Er muß sich die Mittagsmahlzeit mitnehmen, oder sie muß ihm gebracht werden. Nimmt er sie mit, dann ist sie Tags vorher gekocht. Er sowie seine Frau und Kinder bekommen dann aufgewärmtes Essen; denn zweimal kochen kann eine solche Familie nicht. Bekommt er das Essen gebracht, so muß das Arbeiterkind für Benutzung der Straßenbahn ebenso teuer zahlen wie ein Erwachsener, nämlich 10 oder 15 Pf., **wo** gegen eine „höhere Tochter“ oder ein Gymnasialschüler mit einem Buch unter dem Arm nur 5 Pf. für die gleiche Strecke zahlt. Außer den Arbeiterwohnungen der Gebr. Stollwerck bestehen noch einige ältere der Firma Guilleaume und andre weniger bedeutende. Die Bahenthaler Maschinenfabrik hat ihre an der **Wittenburger Straße** belegenen Arbeiterhäuser, die im Volksmund wegen ihres aneinandergereihten Aussehens als „**der Güterzug**“ bekannt waren, verkauft; aus welchem Anlaß, ist nicht bekannt geworden. — Ueber die städtischen Arbeiterwohnungen ist im ganzen das gleiche zu sagen wie über die Fabrikwohnungen. Die Wohnungen selbst sind größtenteils gut und menschenwürdig gebaut; aber die Stadt als Arbeitgeberin verfährt nicht anders wie die privaten Arbeitgeber.“

### Submissionsresultate.

Für neue Röhrenbrunnen, die in Hamburg gebohrt werden sollen, wurden folgende Angebote gemacht:

Heinr. Lapp, Aktiengesellschaft, Mäkersleben . . . M. 74 000  
G. G. Megan, Berlin . . . . . „ 394 000

Also für dieselben Arbeiten schwanken die Forderungen zwischen 74 000 und 394 000 Mark! Nach dem Hamburger Echo beträgt der Vorschlag circa 350 000 Mark. Demnach bleibt die niedrigste Forderung um 276 000 Mark hinter dem Vorschlag zurück!

Für die Erd- und Mauerarbeiten zum Bau der Eisenbahn **Wormditt-Bischdorf** wurden folgende Forderungen eingereicht:

	Niedrigste Forderung	Höchste Forderung
Los II	94 015.—	172 066.—
III	182 273.04	378 570.—
IV	120 617.84	221 467.95
V	87 478.14	178 452.18
VI	141 429.10	225 244.92
VII	148 613.22	230 131.94
VIII	116 685.49	231 887.52

**Landau (Pfalz):** Auf die Glaserarbeiten zum Neubau eines Garnisonlazarets, der nötigen Dienstgebäude, Wohngebäude und Leichenhaus gingen nachstehende Offerten ein: Jaeger u. Rumpf, Hanau 7197.13 Mk.; J. Schaller, W. Krapp, H. Fasig u. Sohn, Ludwigshafen 5930.57 Mk.; Möbelfabrik Berg, Lauterburg (Pfalz) 5432.22 Mk.; Paul Finkenler, Landau 3642.02 Mk.

Und da zeteren die Leuten noch über die Sozialdemokratie, die den Mittelstand vernichten wolle! Wenn nahezu 50 Proz. abgeben werden, muß es sonderbar zugehen, wenn noch etwas verdient werden soll.

## Die Aushändigung der Arbeitsordnung an die Arbeiter

Ueber diese Frage sind die Ansichten immer nicht ganz geklärt. Der § 134 e der Gewerbeordnung sagt darüber: die Arbeitsordnung sowie jeder Nachtrag zu derselben ist unter Mitteilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken, soweit die Neuerungen schriftlich oder zu Protokoll erfolgt sind, binnen drei Tagen nach dem Erlaß in zwei Ausfertigungen unter Beifügung der Erklärung, daß und in welcher Weise der Vorschrift des § 134 d genügt ist, der unteren Behörde einzureichen.

Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen. Der Aushang muß stets in besserem Zustand erhalten werden. Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behändigen.

Der letzte Satz ist von prinzipieller Bedeutung. Er schreibt nämlich vor, daß jedem Arbeiter eine Arbeitsordnung behändigt werde. Darunter ist aber nicht zu verstehen, daß dem Arbeiter die Arbeitsordnung zum Durchlesen gegeben und sie ihm dann wieder abgenommen werde. Interessant ist deshalb eine Entscheidung des obersten Landgerichts in München über einen Fall, dem die Rechtsfrage zu Grunde lag: „Ist die Arbeitsordnung behändigt, wenn sie dem Arbeiter nur zum Durchlesen übergeben und sodann zurückverlangt wird?“

Die Zeitschrift Gewerbebericht berichtete über die Behandlung wie folgt: Das oberste Landgericht hat die Frage verneint und Bestrafung eines so verfahrenen Fabrikanten für gesetzlich begründet erklärt.

Aus den Gründen. Die Vorschrift des § 134 e, Absatz 2, Satz 3: „Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behändigen“, ist erst auf Antrag der Reichstagskommission in den Gesetzentwurf aufgenommen worden und ver dankt seine Entstehung dem in der Kommission beschlossenen und dem Reichstage zur Annahme empfohlenen Antrage:

„im Geetze ausdrücklich zu bestimmen, daß die Arbeitsordnung jedem Arbeiter eingehändigt werden soll.“

Aus der Anreihung an die im Absatz 2, Satz 1 des § 134 e enthaltene Bestimmung: „Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen“, läßt sich der Sinn und die Tragweite der gewollten Anordnung unschwer bestimmen. Seinem ganzen Inhalte nach bringt der Absatz 2 den Gedanken zum Ausdruck, daß die Arbeitsordnung den Arbeitern beim Eintritt in die Beschäftigung in geeigneter Weise zur Kenntnis gebracht werden muß. Dies entspricht der Wichtigkeit der Tagesordnung, die die Grundlage der aus dem Arbeitsverhältnisse entspringenden Rechte und Pflichten bildet. Diese Wichtigkeit ließ es gerechtfertigt erscheinen, die ursprünglich einzige, aber auch einfachste Art der Bekanntmachung nicht für ausreichend zu halten, sondern daneben noch eine andre zur Erfüllung des Zwecks der Bekanntmachung geeignete Art zu bestimmen.

Demnach sind in Absatz 2 zwei verschiedene Arten der Bekanntmachung vorgeschrieben: der Aushang der Arbeitsordnung in den Fabrikräumen und die Behändigung der Arbeitsordnung an jeden Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung. Der Aushang läßt sich als die gesetzliche Art der Bekanntmachung für die Gesamtheit der Arbeiter auffassen, die Behändigung aber als diejenige Bekanntmachung, welche die Rundgabe der Arbeitsordnung an den einzelnen Arbeiter bezweckt und mit der Zustellung im technischen Sinne (§ 156 Z. P.-D.) identisch ist. Diese Art der Bekanntmachung kann nur durch Uebergabe einer Zuspätschrift des zur Bekanntmachung bestimmten Schriftstücks erfolgen.

Die bloße Hingabe zum flüchtigen Durchlesen im Arbeitsraume stünde mit dem beabsichtigten Zweck in Widerspruch, denn dieser besteht darin, den Arbeiter nicht ausschließlich auf das Lesen der ausgehängten Arbeitsordnung zu verweisen, sondern ihm die Möglichkeit zu geben, auch außerhalb der Arbeitszeit vom Inhalte der oft umfangreichen Arbeitsordnung durch Nachlesen Kenntnis zu nehmen. Dies kann nur erreicht werden, wenn der Arbeiter ein Exemplar oder einen Abdruck auf die Dauer der Arbeitsverhältnisses zur Verfügung hat. Hätte der Gesetzgeber mit jener Anordnung nur das Hingeben der ausgehängten Arbeitsordnung zum Durchlesen bei dem Eintritt in die Beschäftigung, d. h. bei dem Betreten des Arbeitsraums zum Beginne der Arbeit im Auge gehabt, so hätte es ihrer nicht bedurft. In diesem Falle würde eine entsprechende andre Fassung der den Aushang betreffenden Anordnung genügt haben. Wohl aber deutet die jetzige Fassung des Absatz 2, insbesondere die Auseinanderreihung der beiden Anordnungen unter Wiederholung der Eingangsworte „die Arbeitsordnung ist“ entschieden darauf hin, daß mit der zu behändigenden Arbeitsordnung nicht das Aushänge-Exemplar gemeint ist, sondern daß die Aushändigung eines besonderen Exemplars an jeden eintretenden Arbeiter vorgeschrieben werden sollte. Hierfür spricht auch die Erwägung, daß bei dem nicht selten vorkommenden gleichzeitigen Eintritt einer größeren Anzahl von Arbeitern die Hingabe des Aushangs zum flüchtigen Durchlesen, abgesehen von der zeitraubenden Durchführung, die Rechte der übrigen Arbeiter auf den ungehörigen Bestand des Aushangs in einer dem Gesetze zuwiderlaufenden Weise beeinträchtigen würde. Auch die sprachliche Bedeutung der Worte „einhändigen“ und „behändigen“ läßt keine andre Annahme zu. Unter „einhändigen“, das gleichbedeutend ist mit „behändigen“, wird schon nach dem Wortsinne die Uebergabe oder Ablieferung eines Gegenstands zum Zwecke dauernden Innehabens verstanden. In diesem Sinne werden diese Worte auch gleichbedeutend mit „Zustellung“ im technischen Sinne gebraucht.

## Zur Lage in Nebra.

Wie schaffen wir die traurigen Mißstände in unsern örtlichen Betrieben weg? Wie die Verhältnisse in Nebra liegen, können wir sie als rosig für die Unternehmer bezeichnen. Aber wo bleibt denn da das christliche Wort, wo es heißt, gebt jedem das seinige. In Nebra ist es anders. Innerhalb der Wintermonate wurden uns beim Schlagen und Possieren pro Tag 1.80 Mk. bezahlt. Die Unternehmer hatten es aber in den Händen, denn es war keine Arbeit hier zu finden, und regte sich der eine oder der andere von den Kollegen, um bessere Löhne zu bekommen, dann war das zweite Wort Feierabend. Nun, Kollegen, wollen wir uns erinnern an die vielen Schmeicheleien und trostreichen Worte, die uns Meister Haas sagte bei unserer letzten Tarifangelegenheit: „Kinder, unterschreibt nur, Ihr bleibt ununterbrochen zwei Jahre an Eurer Bank.“ Das war alles so schön, daß man es wirklich glauben mußte. Aber kaum waren 3—4 Wochen vergangen, so hieß es: Zehn Mann haben Feierabend, diese Arbeit wird jetzt noch nicht gebraucht, und andere habe ich nicht, oder macht Tagelohn. Nicht genug, Kollegen, froh der 10 Prozent Reduzierung unsres Tarifs ist es noch nicht genug, da heißt es ganz einfach, ich habe die Stücke so veranschlagt, und deshalb könnt Ihr nicht mehr dafür bekommen.

Also, Kollegen, das sind die schönen Versprechungen und Schmeicheleien, die uns Meister Haas mit listigen Worten beibrachte. Aber das, Kollegen, kann nicht mehr so weiter gehen, und wie jetzt hauptsächlich bei dem sehr geringen Verdienst, noch immer Reden fallen, von den Herren: „Es wird noch besser. Sie werden froh sein, wenn Sie die Arbeiten noch machen können.“

Nun, Kollegen, sehen wir uns einmal unsre Arbeitsbuden an, da können wir sagen, wir haben gar keine und bekommen auch keine, trotzdem unser Herr Geschäftsinhaber die Bedingungen selbst best. es wäre ihm ein Leichtes, eine Arbeitsstätte zu bauen, damit wir nicht den Witterungseinflüssen den ganzen Tag ausgesetzt sind. Aber was ist in den Augen dieser Herren ein Arbeiter. Lieber wird das Holz verkauft, als den Steinmehren eine dementsprechende Werkstätte zu bauen. Auch sehen wir die Bundesratsverordnung bloß an der Wand hängen. Und darum, Kollegen, ermahnen wir Euch, haltet fest und treu zum Verband, steht Mann für Mann, denn dadurch können wir etwas erzielen, und somit unsre traurige Lage ein wenig verbessern, denn das ist das einzige, womit uns geholfen werden kann. Mehrere Kollegen.

## Rundschau.

**Große Vorsicht gegenüber Arbeitsangeboten nach dem Auslande.** Der Bildhauerzeitung entnehmen wir folgende Notiz:

Stockholm (Schweden). Unterzeichneter erfuhr, als er sich noch in Deutschland aufhielt, daß die hiesige Firma Aktienbolaget Anderssons Steinbildhauer sucht, worauf ich mich telegraphisch (!) an die Firma wendete. Der Direktor Nilson bepefichte zurück: „Sofort kommen!“ worauf ich abreiste. Bei meiner Ankunft wurde mir jedoch kurz erklärt, ich könnte noch nicht beschäftigt werden, ich müßte noch einige Tage warten, woraus acht volle Tage geworden sind. Als ich Entschädigung für diese Zeit verlangte, wurde der Herr Direktor unverschämte grob, da er sich dachte, daß ich in Stockholm schwerlich andere Arbeit bekommen würde. Er rechnete eben darauf, daß man gänzlich abgebrannt und schließlich auf seine Arbeit angewiesen ist. Allein mit Hilfe des deutschen Konsulats habe ich zufälligerweise doch noch Arbeit hier erhalten. Wie mir, erging es zwei böhmischen Kollegen, die kurz vor mir hergekommen waren, und zwei deutschen Steinmehren; als letztere 8 Tage gearbeitet hatten, mußten sie schon wieder ausziehen. Wie Herr Nilson verlauten ließ, will er noch mehr deutsche Kollegen kommen lassen, obgleich gar nicht so viel Arbeit vorhanden ist. Seine Absicht ist, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, die auf ihn angewiesen sind und denen er die denkbar schlechtesten Löhne bieten kann. Es werden deshalb wohl in nächster Zeit Differenzen entstehen, die, wie schon im hiesigen Fachverein besprochen wurde, zu einer Sperre, wenn nicht zu einem Streik führen werden. Darum seien die Kollegen im Auslande gewarnt. Karl Rex.

Im Steinarbeiter wurde schon öfters darauf hingewiesen, daß es sehr schwer ist, in Skandinavien als Sandsteinmehrer Arbeit zu erhalten. Kommt man in Schweden mittellos an und erhält keine Beschäftigung, dann kann man schnellstens mit den schwedischen Gefängnismauern Bekanntschaft machen. Hat man wirklich Stellung in Aussicht, dann tut man gut, sich über die Arbeitsdauer und Lohnverhältnisse genau zu informieren, sonst hat man seine Leichtgläubigkeit später bitter zu bereuen.

**Neunkirchen.** Bei einem am 10. Juni herrschenden schweren Gewitter schlug der Blitz in eine Gruppe von Arbeitern, die auf dem Steinbruche auf dem Hohenfelsbachkopf mit Abdeckungsarbeiten beschäftigt waren. Der 52jährige Arbeiter Joseph Bad aus Oberzeuzheim wurde vom Blitz erschlagen, während der 40jährige Arbeiter Johann Deep, ebenfalls aus Oberzeuzheim, schwere Verletzungen davontrug.

## Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Ösnabrück.** Folgende Kollegen sind ihren Verpflichtungen der hiesigen Zahlstelle (zur Zeit der Klage Weber u. Koch in Hankenberge) nicht nachgekommen.

Moriz Franke aus Dresden, geb. 8. Dezember 1870.  
Emil Kochentra aus Bremen, geb. 7. Dezember 1879.  
Eduard Siebenmann aus Barchsee (Schweiz), geb. 31. Okt. 1880.  
Eduard Scholz aus Reichenberg (Böhmen), geb. 9. März 1875.  
Andreas Weber aus Sorg (Bayern), geb. 4. Mai 1872.  
Heinrich Ebert aus Massenbach, geb. 25. Januar 1871.  
Gustav Hermann aus Offenbach, geb. 25. Dezember 1878.  
Jul. Rücker aus Mittelberwigsdorf b. Zittau, geb. 29. Juli 1871.  
Martin Lippold aus Saalborn, geb. 24. November 1876.

Die Vertrauensleute werden ersucht, Unterzeichnetem die Adressen der Genannten mitteilen zu wollen, damit sie veranlaßt werden können, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

August Dehert, Vertrauensmann.

**Sohlaußsburg.** Dem Kollegen Albert Buchholzer, geb. am 12. November 1884 zu Frohmühl, ist kein weiteres Buch auszustellen.

Die Kollegen Ludwig Weismüller und Christian Meerwarth werden aufgefordert, ihre Adressen anzugeben und die Bücher in Empfang zu nehmen.

G. Braun, Vertrauensmann.

**Mühlhausen i. Gf.** Dem Kollegen J. Obrist ist kein neues Buch auszustellen; sein Aufenthalt ist Unterzeichnetem bekanntzugeben.  
Karl Brägel, Vertrauensmann, Illacher Str. 125.

**Rösch b. Wittweida.** Die Vertrauensleute allerorts werden ersucht, mir die Adresse von Johann Artmann aus Bayern zukommen zu lassen.

Ferner erjuche ich die Kollegen, die von hier abgereist sind und ihre Bücher zurücklegen, sich sobald wie möglich ihre Bücher an Ort und Stelle schicken zu lassen.

Heinrich Saupé, Vertrauensmann.

**Osterholz.** Die Vertrauensleute allerorts werden ersucht, den Aufenthaltsort des Steinmehrs Ernst Kerthoff, geb. 26. Oktober 1875 zu Geldorf, an Unterzeichneten zu senden, da seine Eltern seinen Aufenthalt verlangen.

Albert Köller, Osterholz.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 22. bis mit 27. Juni 1908.

Freiberg, Beitrag 2.60; Taucha, Beitrag 3.60, Maimarke 0.25; Grevesmühlen, Beitrag 2.—; Neundorf, Beitrag 292.—; Brandenburg, Beitrag 64.—; Lübeck, Beitrag, 63.60, II. Qu. 10.20; Bonn, Beitrag 7.10; Reichenbach, Beitrag 2.50; Hamburg I, Beitrag 96.—; Hameln, I. Qu. 0.90; Berlin, IV. u. I. Qu. 1.80; Weimar, Beitrag 4.25; Hildesheim, II. Qu. 1.05; Burgen, Beitrag 2.—; Delegiertensteuer 0.25, Maimarke 0.25; Altona, Beitrag 2.65; Göttingen, Beitrag 56.—; Stralsburg, Beitrag 280.—; Chemnitz, Inzerate 18.82; Schwebus, Beitrag 7.—; Melbör, II. Qu. 0.30; Rößnitz, Beitrag 224.—; Kappelrodeck, II. Qu. 3.60; Hasserode, Beitrag 22.40, Maimarken 2.50, Delegiertensteuer 3.—; Effen, Beitrag 64.—, Hauptbuch 2.—; Altenburg, Beitrag 30.—; Stuttgart II, Beitrag 40.—; Plauen, Beitrag 56.—, Hauptbuch 2.—, Eintrittsmarken 12.50, Maimarken 12.50, Delegiertenmarken 18.75, II. Qu. 6.—; Gorfa, Beitrag 27.50, Maimarken 0.75, Delegiertenmarken 0.75, Eintrittsmarken 10.—, Delegiertensteuer 7.50, Hauptbuch 2.50, Stempel 1.50, Gesch. d. Org. 1.20, II. Qu. 0.30; Hannover, Beitrag 64.—, Delegiertenmarken 7.50.  
Felix Lange.

## Briefkasten.

**Freund S.** An jedem anderen Gewerkschaftsblatte arbeiten die Verbandsmitglieder mehr mit, als am Steinarbeiter. Jeder Artikel ist der Redaktion deshalb willkommen; aber in Deinem enthält jeder Satz eine Beleidigung. Du schreibst, der Meister H. beutet seine Leute aus, er zahlt Hungerlöhne, er tyrannisiert die Leute, er ist der größte Kapitalproke u. s. f. Da gibt es für den Redakteur nicht Wochen, sondern Monate Gefängnis. Derartige persönliche Angriffe möge doch jeder unterlassen. Im weiteren nimmt Dein Artikel auf zwei Werkführer Bezug, wo nicht einmal die Namen stimmen. Man setzt voraus, wenn man solche Angriffe macht, gleichgültig gegen wem, daß man sich genau informiert; das scheint bei Dir nicht der Fall gewesen zu sein.

Diese Zeilen mögen auch die Versammlungsschriftführer beachten, denn auch diese geben manchmal mehr ihrem persönlichen Gefühl Ausdruck, als streng sachlich zu berichten.

**Schult, Wismar.** Die angegebene Straße ist unmöglich zu entziffern. Sende die Adresse nochmals ein.  
**Braun, Bürgel.** Kostenpunkt 1.20 Mk.

## Anzeigen.

**Steinmetz-Schule Zerbst** L. v. d. R. Kustent  
Abgangsprüfungen  
Der Besuch wird v. Verbands Deutscher Steinmetzgeschäfte empfohl.  
Regierungskommissar. Prof. Direkt.: Opperbecke, Prof

Der Kollege **Andreas Fleylaw** aus Urphar, Amt Wertheim, wird freundlichst ersucht, an Unterzeichneten seine Adresse einzusenden.

Peter Braun, Vertrauensmann, Bürgel a. Main.

## Verband der Steinarbeiter.

**Zahlstelle Essen.**

Am Sonntag, den 5. Juli, Nachmittags von 5 Uhr an findet im Lokale des Herrn Heim, Hölsterhausen, unser

## Stiftungsfest

statt. Bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert, theatralischen Aufführungen und anschließendem Ball. Unter Mitwirkung des Arb.-Gesangsvereins „Auerzagt“. Zu zahlreicher Beteiligung ladet freundlichst ein  
Das Festkomitee.

## Todes-Anzeigen.

Am 13. Juni starb unser Kollege

## Friedrich Matern

im 27. Lebensjahre an Nierenkrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Organisation der Steinarbeiter von Frankfurt a. Oder.

Am 16. Juni starb unser Kollege

## Anton Weidisch

im Alter von 38 Jahren an der Berufskrankheit.

Wir verlieren in ihm einen der besten Kollegen und unermüdbaren Mitkämpfer der Organisation.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Steinarbeiter von Yorla.

Am 27. Juni starb hier unser Kollege, der Steinmehrer

## Wilhelm Henschel

nach acht Monate langem Leiden im Johannstädter Krankenhaus an der Berufskrankheit im Alter von 43 Jahren.

Ruhe sanft!

Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend.